

Bestellungen
nehmen an alle Buchhandlungen und Buchhandlungen des In- und Auslandes.
Pilsat-Expeditionen.
New York: Dr. Joseph J. Kelly, 177 Elm St., corner Broadway. — Dr. J. M. Kelly, 248 West — 37 St.
Philadelphia: J. G. M., 204 North 34th Street.
J. G. M., N. E. Box Charlotte & George St., Hoboken N. J.: J. M. Kelly, 215 Washington St.
Chicago: H. Rothermann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: J. G. M., 418 O'Farrell St.
London W.: J. G. M., 27 A. Prince's St., Leicester Sq.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 59.

Mittwoch, 22. Mai.

1878.

Partei-Congress.

Die Mandatsformulare sind an alle Orte versandt worden, von denen Adressen vorhanden waren.
Reklamationen sind zu richten an C. Derossi in Hamburg, Holzdamms 42.
(Auf den Formularen ist irrtümlich Steinbamm angegeben.)

Die rothe Reaktion

hat wieder einmal einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen; Ursache desselben ist die verrückte, kindische That des Klempnergehilfen Lehmann.

Dieser kindisch-irrsinnige Mensch ist erkoren, zu Gunsten der Reaktion einen bedeutenden Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung auszuüben. Wunderbar genug!

Die Reichsregierung nämlich hat dem Bundesrath schon, und zwar mit Hinweis auf das Attentat gegen den Kaiser, einen Gesetzentwurf (s. „Ubersicht“) vorgelegt „zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschweifungen.“ Der Gesetzentwurf, über den der Reichstag wahrscheinlich Mittwoch, den 22. Mai, verhandelt wird, soll den Bundesrath ermächtigen, Druckschriften, Vereine und Versammlungen, welche sozialdemokratische Ziele verfolgen, zu verbieten. Ferner soll noch der bekannte: „Die Spitze schießt, der Säbel haut“-Paragraph aus der Strafschreibnovelle von 1875 wieder von den Todten auferweckt und wiederum von einem Eulenburg, dem Better des verflohenen Ministers, verteidigt werden.

Die Reichsregierung stützt sich bei Einbringung dieses Gesetzentwurfs auf die erregte Volksstimmung, welche in Folge des Attentats gegen die Sozialdemokratie in Deutschland herrschen soll.

Darin aber täuscht sich die Reichsregierung geradezu in collossaler Weise; wir kennen die Volksstimmung besser, als die Herren von Bismarck und Eulenburg, welche die eigentlichen Urheber dieses neuen Versuchs der Sozialistenjagd sein sollen. Diese Herren lassen sich durch das Zeitungsgewinneln, durch das tobende Geschrei der Zeitungsjäger verleiten und scheinen zu glauben, als ob die liberalen und conservativen Zeitungen die Volksmeinung verkörpert. Früher dachte Herr von Bismarck bekanntlich anders.

So ist neben dem Herrn Lehmann das Zeitungsgeschrei, auch im liberalen Lager, Schuld, daß die Reaktion ihre Organe feiern darf.

Ja, man ist seitens der liberalen Zeitungen soweit gegangen — und voraus die „Nationalzeitung“ — daß man sich nicht entblödete, uns, den Angegriffenen, die Vertheidigung verbieten zu wollen; und da dies nicht in der Macht der Blätter lag, falschte man unsere Vertheidigung, indem man aus einigen Artikeln die Schlusssätze brachte, ohne die vorhergehenden Begründungen abzudrucken.

Die Reichsregierung ist also geradezu von der liberalen Presse dem Glauben zugeführt, daß das Volk Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokraten wünsche.

Wir sagten schon oben, daß dies ein sehr verhängnisvoller Irrthum sei. Ueberall da, wo man die Sozialdemokratie kennt, ist die Stimmung durchweg derselben günstig; man ist empört darüber, daß derselben das Attentat in die Schuhe geschoben werden soll, und noch empörter ist man darüber, daß gegen die Sozialdemokratie Ausnahmemaßregeln erlassen werden sollen. Das Gefühl, daß einer großen Partei das schamlichste Unrecht zugefügt wird, giebt sich in den weitesten Kreisen kund und vor allen in der Hauptstadt des deutschen Reiches, in Berlin. Wir rathen allen denen, welche für das Zustandekommen des Sozialistenverfolgungsgesetzes eintreten und dann auch dafür verantwortlich sein werden, sich zunächst genau von der Stimmung des Volkes zu überzeugen. Zeitungsberichte und Faselzüge, hinter welchen dieselben Berliner in ebenso großer Zahl herlaufen, wenn sie z. B. dem Schah von Persien gebracht würden, sind keine zuverlässigen Gradmesser der Volksstimmung, — die Literaten machen gern großen Standa in der Presse, und die Leute, welche hinter den Faselzügen hervorzukommen, sie repräsentieren nur in geringem Maße das Volk; Fremde, Bummler, Bauernfänger, Prostituirte u. d. h. stellen das größere Contingent. —

Und wenn man nur etwas erzielen würde durch solche Sozialistenverfolgungen! Dann hätte die Sache wenigstens vom Standpunkte eines ängstlichen Spießbürgers oder eines rothen Reaktionärs einigen Sinn. Aber man erzielt eben nichts. Sollen durch derartige Sozialistenverfolgungen Attentate verhindert werden? Als in Deutschland noch keine sozialdemokratische Bewegung war, folgten die Attentate auf gekrönte Häupter in viel kürzerer Reihenfolge als jetzt. Die Sozialdemokratie trägt eben zur politischen Aufklärung im Volke in großartiger Weise bei; ihre Lehren beweisen die Unzulässigkeit und die Unwürdigkeit aller Putsche und Attentate, deshalb braucht sich ein Monarch auf dem Throne in dieser Hinsicht wahrlich nicht vor denselben zu fürchten.

Wir befürchten aber, daß, wenn die Sozialdemokratie durch äußere Machtmittel direkt unterdrückt wird, sodas sie in der Öffentlichkeit ihre Lehren nicht mehr vortragen darf, daß dann in manchen unklaren Köpfen, und zwar nicht aus den sozialdemokratischen Kreisen, eben weil ihnen die Vernunftlehren der Sozialdemokratie fern bleiben, viel öfter an die Gewalt appellirt wird, wie es bei einer gesunden normalen Volksentwicklung geschieht. —

Aber man wird auch nichts durch Zeitungsverbote, durch Versammlungs- und Vereinsverbote gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie bewirken können. Die sozialistischen Lehren

sind allzutief eingedrungen in die Herzen des Volkes. Als Antwort auf Ausnahmemaßregeln wird der tausendfache Donnercras des deutschen Volkes in höchster Begeisterung erklingen:

Es lebe die sozialdemokratische Agitation!
Und von Werkstatt zu Werkstatt, von Wohnstube zu Wohnstube, von Wirthshaus zu Wirthshaus, in den Eisenbahncoupees und auf der Landstraße — überall, überall wird sich der begeisterte Ruf fortpflanzen, und freiwillige Agitatoren werden erscheinen, Tausende und Abertausende, jeder Arbeiter, jeder Handwerksgehilfe, jeder Sozialdemokrat wird dann ein Agitator werden!

Man wähne doch nicht, mit Gewalt eine Idee vernichten zu können. Oder glaubt man dadurch, daß man die Geldquelle für die sozialistische Agitation für kurze Dauer verstopft, diese lahmlegen zu können? Wir haben schon oben gesagt, wie es dann gemacht wird. Aber die Sozialdemokratie in Deutschland zählt auch in ihren Reihen schon eine große Zahl von begüterten Männern, die dann erst recht und in erhöhtem Maße ihre Schuldbiligkeit thun werden. —

Und all' die Anstrengungen, welche die Reaktion macht, wenn werden sie zu Gute kommen? Bedinglich dem Herrn Lehmann, der ja, ein moderner Herostrot, um jeden Preis „berühmt“ werden will. Später wird man oft genug spöttisch ausrufen: „Und Alles das um einen Lehmann!“

Doch wahrlich die (noch nicht aufgefundene) Kugel des Lehmann ist es ja nicht, die man fürchtet; man fürchtet die Idee der Gleichheit und Brüderlichkeit, welche das Volk zum Siege führt und glücklich macht. Die deutsche Reichsregierung mit ihren 400,000 Soldaten, die sich schnell auf 1,500,000 vermehren lassen, sie fürchtet die „25 bleiernen Soldaten“ der Sozialdemokratie, die das Wort der Wahrheit verkünden durch die deutschen Lande. Doch diese 25 bleiernen Soldaten sind nicht tot zu machen, sie werden immer und immer reden trotz aller Verbote, ja sie werden dann sogar eine einbringlichere Sprache reden von Freiheit und Knechtschaft, von Recht und Unrecht.

Die Sozialdemokratie sieht deshalb im Bewußtsein, daß sie stets für das Volk, für das Recht und die Freiheit gefritten, mit einem gewissen Stolze jenen Ausnahmemaßregeln entgegen. Aber diejenigen, welche jene Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie planen, und besonders die Herren im Reichstage mögen es sich ruhig überlegen, ehe sie denselben zustimmen. Ein freies Volk, welches seiner Meinung öffentlichen Ausdruck geben kann, ist niemals zu Gewaltthatigkeiten geneigt, ein Volk aber, dem man die Freiheit seiner Meinungs- und Willensäußerung beschneidet oder gar vollständig raubt, ist zu vergleichen mit einer Dampfmaschine, die mit geschlossenen Ventilen arbeitet.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Das preussische Staatsministerium hat sich aus Anlaß des Lehmann'schen „Attentats“ in mehrtägigen Berathungen darüber schlüssig zu machen gesucht, welche Maßregeln zu ergreifen seien, um die „revolutionären Elemente“, vulgo Sozialdemokratie, darniederzuhalten; und der Umstand, daß der Minister des Innern, Graf Eulenburg, sich nach Friedrichshagen zu Bismarck begeben hat, läßt darauf schließen, daß der „Stein der Weisen“ gefunden ist. Die „Volkszeitung“ will wissen, daß es sich in erster Linie um Repressivmaßregeln gegen die sozialistische Presse handelt, und daß noch in dieser nur noch wenige Tage andauernden Session dem Reichstag eine diesbezügliche Novelle zum Strafschreibbuch vorgelegt werden soll, die derselbe zum „Heil von Staat und Gesellschaft“ Hals über Kopf zu genehmigen haben würde. „Von Abgeordneten“, meint die „Volkszeitung“ zwar weiter, „welche mit Regierungskreisen einige Fühlung haben, wird eine solche Initiative der Regierung in Abrede gestellt und hervorgehoben, daß vorläufig durch verschärfte polizeiliche Maßregeln und ein noch entschiedeneres Einschreiten der Staatsanwälte gegen die oppositionelle Presse, vornehmlich gegen die sozialdemokratischen Blätter, den nach Ansicht der Regierung herrschenden großen Uebelthänden und Gefahren vorgebeugt werden solle. Es soll den polizeilichen Organen aufgetragen werden, jede Ausbreitung in einer öffentlichen Versammlung sofort zur Anzeige zu bringen und die betreffende Versammlung sofort zu schließen. Dies ist die in unterrichteten Reichstagskreisen herrschende Ansicht über die Maßnahmen der Regierung.“ — Daß diese Maßnahmen der Regierung einem Theil der regnerischen Presse — voran das geradezu toll gewordene „liberale“ „Leipziger Tageblatt“ — nicht genügen, sei hiermit constatirt. Erbärmliche Sippchaft! Die feige „That“ eines notariischen Lampen, der von Sozialismus gerade so viel versteht, wie der Höl vom Lautenschlagen, reicht vollkommen hin, um für die Preisgabe der ohnedies knapp zugemessenen Rechte der Presse und der „Vereins- und Versammlungsfreiheit“ zu plädiren. Erbärmliche Sippchaft!

— Die Reaktion im Anzuge. Im „Gothaischen Tageblatt“ vom 16. Mai ist zu lesen: „Wir bestimmt hörten, sollen seitens der Berliner Behörde beim hiesigen Staatsministerium Anträge dahin gestellt worden sein resp. werden, daß die Abhaltung des auf die Tage vom 15. bis 18. Juni angedachten Congresses der Sozialisten Deutschlands verboten werde. Der Grund dieser Maßregel ist das Attentat auf den Kaiser.“ An der Möglichkeit des Verbots des Congresses in Gotha zweifeln wir keinen Augenblick; ja wir sind auf noch ganz andere Dinge, so sich „Präventivmaßregeln“ benamen, gefaßt. Wer aber angesichts der reaktionären Möglichkeiten noch von einem wenn auch nur intellektuellen Zusammenhange der Sozialdemokratie mit dem verrückten „Attentate“ fasseln kann, der ist entweder selbst

verrückt oder ein Reaktionsär vom reinsten Wasser, hintelmalen die Sozialdemokratie zur Ausbreitung ihrer Prinzipien des weiten und sonnenhellen Bodens der schriftlichen und mündlichen Propaganda bedarf — eines Bodens, den sie noch nie verlassen hat; und verlasse sie ihn, so würde sie sich selbst, wie die Dinge nun einmal liegen, an das Messer der Reaktion liefern, was ihr wohl Niemand zutrauen wird. In seinen Wirkungen kommt das „Attentat“ unzweifelhaft der Reaktion zu gute und daher auch sehr gelegen. Wie nun, wenn dieselbe Reaktion auch bei dessen Ausföhrung die Hand im Spiele gehabt hätte? Die Geschichte liefert Beispiele genug, daß die Reaktion vor keinem, selbst dem infamsten Mittel nicht zurückschreckt, wenn es gilt, den vorwärtsstrebenden Elementen die Ketten der Gewalt Herrschaft anzulegen. Sollte es da so unmöglich sein, daß auch in diesem Falle die alte Feindin aller Freiheit in ihrer Rathlosigkeit zu dem so oft bewährten Mittel eines gemachten „Attentats“ gegriffen hat, um vordem oben aufzukommen? Wir zweifeln um so weniger an dieser Möglichkeit, als der „Attentäter“ selbst ein moralisch verkommener Mensch und zu allen Schandthaten fähig ist.

Und eine Kugel ist noch immer nicht gefunden!

— Lehmann hat seine Dienste gethan. Die Bismarck'sche Anebelakte lautet im Entwurf: § 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Der Reichstag kann die Aufhebung des Verbotes beschließen. § 2. Die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und auf öffentlichen Plätzen kann von der Ortspolizeibehörde vorläufig verboten werden, wenn die Druckschriften Ziele der in § 1 bezeichneten Act verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift von dem Bundesrath auf Grund des § 1 verboten wird. § 3. Eine Versammlung kann von der Ortspolizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Ortspolizeibehörde aufgelöst werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung die in § 1 bezeichneten Act beabsichtigt. § 4. Wer einem nach § 1 oder § 2 erlassenen Verbote zuwider eine Druckschrift verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen (§ 23 ff. des Gesetzes über die Presse, vom 7. Mai 1874). § 5. Die Betheiligung an einem nach § 1 verbotenen Vereine oder an einer nach § 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängnis bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsitzenden des Vereins, sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlung und gegen denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal hergiebt, ist auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu erkennen. § 6. Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der in § 1 bezeichneten Ziele die bestehende sittliche oder rechtliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. § 7. Dieses Gesetz gilt nur für den Zeitraum von drei Jahren. Die §§ 1 bis 6 treten sofort in Kraft.

Motive sind dem Entwurfe nicht beigegeben.

Wir begreifen nicht, warum man nicht einfach gesagt hat: Die Sozialisten und der Sozialismus sind vogelfrei! Es wäre wenigstens offen gewesen und hätte gerade so viel genügt — oder gerade so wenig.

Um dem Entwurfe, der jetzt vor dem Bundesrath ist und von diesem natürlich angenommen wird, auch im Reichstag die Majorität zu verschaffen, hat man dem Centrum den „Edelsakten“ geopfert. Ob es sich für einen so niedrigen Preis hingeben wird, ist allerdings zu bezweifeln. Indes, auch wenn dies geschähe, würde die Gesetzesvorlage wohl kaum durchgehen, da die Nationalliberalen durch Fall's Entlassung doch belehrt worden sind, daß es auch ihnen an den Krügen geht. Für den Ablehnungsfall wird mit Auflösung des Reichstag gedroht, ein Schritt, in dem Fallst Bismarck denn doch ein Paar finden dürfte.

— Ueber Lehmann schreibt in der fortschrittlichen, also uns feindlichen Berliner „Bürgerzeitung“ ein Mann, der den verunglückten „Attentäter“ nach dem „Attentat“ zu beobachten Gelegenheit hatte und zur Fällung eines competenten Urtheils befähigt ist wie kaum ein Zweiter:

„Es muß die objektive Erwägung Platz greifen, ob es sich um die That eines zurechnungsfähigen Menschen oder um eine hiruverbrannte Sinnlosigkeit handelt, für welche es eine Erklärung nicht giebt und welche wohl die Psychiatrie ernstlich beschäftigen kann, für die Ausbeutung vom politischen Standpunkte aus jedoch kein Material bietet.“

Indes ein Attentat auf den Kaiser ist ein zu bedeutendes Ereigniß, um die Person des Attentäters kurzer Hand zu den Verrückten werfen zu können. Und wenn das selbst der Fall wäre, so würde doch noch zu inquiren sein, in wie weit etwa in dem Wahnsinn Methode und ob im Hintergrunde desselben Fanatismus irgend welcher Art zu suchen sei, der als das Merkmal kranker Zustände eine politische Verwerthung möglich machen könnte.

Wir betonen die Nothwendigkeit, solche Fragen aufzuwerfen, um zu zeigen, daß wir dieselben uns vorgelegt haben, ehe wir über das Attentat Hölle ein Urtheil fällen. Wir müssen nun aber nach dieser Richtung hin thatsächlich constatiren, daß nach den uns zugegangenen aus direktester Quelle geschöpften Informationen selbst der Untersuchungsrichter — von seinem

Berufsstandpunkte aus vielleicht nicht ohne Bedauern — aus der Verneinung des Attentäters die Ueberzeugung gewonnen hat, es mit einem geistig verkehrlosen und durch verlotterten Lebenswandel physisch heruntergekommenen Menschen zu thun zu haben, der überhaupt jeder Gefinnung bar, auch ein festes politisches Glaubensbekenntnis nicht haben könnte, selbst wenn seine geistige Qualifikation ihm die Unter-scheidung politischer Systeme und Prinzipien möglich machte. Wenn andererseits erwiesen ist, daß sich der Attentäter um politische Strömungen kümmerte und auch Vereinen mit poli-tischem Zweck nahe getreten ist, so ist doch nach dem überein-stimmenden Eindruck derjenigen, welche vorher mit dem Atten-täter zu thun hatten, wie auch derer, welche jetzt amtlich sich mit der Person und dem Vorleben desselben befassen müssen, ziemlich zweifellos, daß bei der moralischen und geistigen Verkommenheit des Hödel kein Herandrängen an wirtschafts-politische Parteien nur den Zweck hatte, sich ohne arbeiten zu müssen durchs Leben schlagen zu können. Es ist doch ganz charakteristisch, daß ebenso, wie bei dem Hödel Beziehungen zur radikalsten sozialdemokratischen Richtung mit Sicherheit festgestellt worden sind, man auch Schriftsätze bei ihm fand, aus welchen hervorging, daß er sich auch mit der sogenannten christlich-sozialen Richtung befaßt habe, welche bekanntlich das mo-narchische Prinzip mit ganz besonderer Vorliebe liebt.

Daß es sich um ein politisches Attentat bei dem Hödel'schen Schusse nicht gehandelt hat, geht auch daraus hervor, daß der Attentäter anstatt sich mit seiner That zu brüsten, bezw. das Fehlschlagen derselben zu bedauern, allerlei Verlogen-heiten an den Mann bringt, aus deren Sichtung, soweit dieselbe bis jetzt möglich ist, hervorzugehen scheint, daß der Attentäter die Person des Kaisers nicht eigentlich direkt zum Ziel-punkt seines Revolvers gemacht hat, sondern wohl nur zeitlich das Vorbeifahren des kaiserlichen Wagens abgewartet und dann ohne Plan und Ziel einige Schüsse abgab, um Desparado, wie er ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und dem Staate die Ob Sorge für seine Existenz zu überlassen, die selbst zu zerstören er nicht den Muth gehabt zu haben scheint. Die Untersuchung wird in der dafür üblichen Technik ihren Gang gehen, es heißt aber derselben durchaus nicht vorgehen, wenn man auf Grund der Persönlichkeit des Attentäters die Behauptung aufstellt, daß es sich lediglich um ein abgemessenes Verbrechen eines wirren Kopfes handelt, der selbst, wenn er Complicen hätte, weder im Dienste einer politischen Partei stand, noch den Typus einer solchen bildet."

So der Mitarbeiter der Berliner "Bürgerzeitung", dessen Ausführungen jeder vernünftige und anständige Mensch nur durchaus zutreffend finden kann.

Wir verabschieden uns nun von Lehmann mit einigen abschließenden Bemerkungen. Wer die Lebensgeschichte des traurigen Revolverhelden gelesen hat, muß, wenn er anders denkfähig ist, zu der Ueberzeugung gelangen, daß Lehmann, das uneheliche Kind einer Proletariemutter, in einer "Besserungsanstalt" erzogen, von frühester Jugend an das Objekt staatlicher und bürgerlicher Philantropie, zu gleicher Zeit das Produkt und das Opfer unserer heutigen politisch-sozialen Zustände ist, verbunden bis in den inneren Kern, ehe er von den so-zialistischen Bestrebungen eine Ahnung hatte.

Was unsere Partei angeht, so würde sie, auch wenn Lehmann bei Abfertigung der Schüsse unter den Linden eine vollständige Mitgliedskarte in der Tasche gehabt hätte, nicht nöthig haben, sich gegen die Inflation der Mitschuld an einem Wortbeitrag zu vertheidigen. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens weil die Sozialdemokratie das Menschenleben für heilig hält, und die Ermordung eines Individuums, das eine Kaiserkrone trägt, als einen ebenso großen Frevel betrachtet, wie die Ermordung jedes anderen Individuums, einerlei ob diese Ermordung privatim oder öffentlich, im Einzelnen oder en masse, auf der Landstraße oder auf den Schlachtfeldern des Kriegs und der Industrie erfolgt.

Und zweitens weil die Sozialdemokratie die Misshandlung in Staat und Gesellschaft nicht auf einzelne Individuen zurück-führt, und daher einzelne Individuen nicht verantwortlich für sie macht. Alle anderen Parteien ohne Ausnahme erkennen mehr oder weniger das "persönliche Regiment" an, und treten für es ein. Wer aber glaubt, daß die Persönlichkeit eines be-stimmten Individuums politisch wie sozial maßgebend sein kann, muß auch die Folgerung zulassen, daß die Beseitigung einer solchen Persönlichkeit von Einfluß auf den Gang der Ent-wicklung sein müsse. Auf dieser Auffassung und Schlußfolgerung beruht der Tyrannenmord, den deshalb auch alle alten Par-teien ohne Ausnahme verherrlicht haben, und zwar in

Verse und in Prosa. Die Sozialdemokratie dagegen weiß, daß das "persönliche Regiment" eine lächerliche Illusion ist, daß die höchgestellten Individuen bloß der Ausdruck der Verhältnisse sind, und daß demgemäß die Beseitigung eines Individuums auf den Gang der politisch-sozialen Entwicklung keinen Einfluß haben kann.

Diese Anschauung ist von uns tausendmal in Schrift und mündlichem Wort ausgesprochen worden — sie schließt die Möglichkeit eines sozialdemokratischen Tyrannenmordes aus. Daß speziell die Ermordung des Kaisers Wil-helm aus politischen Gründen von jedem Gesichtspunkt aus absolut sinnlos wäre, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. In ganz Deutschland gibt es wohl keinen Menschen, und sicher giebt's keinen Sozialdemokraten, der den 88-jährigen Monarchen für die gegenwärtige Blut- und Eisenpolitik verantwortlich macht. Hätte irgend ein beschränkter Fanatiker die Absicht, durch einen Pistolenschuß gegen die Blut- und Eisenpolitik zu protestieren, so würde er sich unzweifelhaft an eine andere Adresse wenden.

Während die Reaktion das "Attentat" mit fieberhafter Hast auszubeuten sucht, zerfällt es wie ein Rebellbild ihr zwischen den Fingern. Eine Kugel ist noch nicht gefunden, und wird — unserer festen Ueberzeugung nach — auch niemals ge-funden werden.

— Die "Lehmanniade" fängt in ihren Wirkungen auf die Gemüther der Reichstreuen an unheimlich zu werden. Man lese nur den nachfolgenden Aufruf, der uns unterm Poststempel Düsseldorf zugegangen ist:

"Aufruf zu einer allgemeinen Landesfeier, um der Freude des deutschen Volkes über die Errettung seines Kaisers einen einhelligen Ausdruck zu geben. Tief erschüttert ist das deutsche Volk durch die Schreckenstunde, daß Wiederhand sich dem theuren Hauptes seines geliebten Kaisers genahet hat. Jörn und Er-bitterung durchdringt jedes Deutschen Herz bei dem Gedanken, daß die schmachvolle That hätte gelingen können. Unbeschreiblich ist die Freude, daß Gott seine Hand schirmend über unser Ober-haupt hielt. Millionen und aber Millionen möchten sich zum Throne drängen, um dankend und jubelnd ihre Huldigung zu bringen. Gewiß handeln wir im Sinne aller echten Deutschen, wenn wir den Anstoß zu einer allgemeinen großartigen Landes-feier geben, die zweifellos auf dem ganzen Erbgrund, wo deutsche Jünglinge klingen, begangen werden wird. Die Organisation einer solchen Feier bedarf der Zeit und dürfte deshalb der 28. d. M. der geeignete Tag sein, da er den Namen "Wilhelm" trägt. — Drum! Auf ihr Deutschen! Freich an's Werk! Greift die Idee begeistert auf, tretet sofort in Stadt und Land zu Comités zusammen und zeigt der Welt, wie unzertrennlich Volk und Kaiser sind! Vertrauensvoll wenden wir uns an Euch, deutsche Bürger aller Gauen: Laßt bei diesem Feste die Unterschiede der Parteien und des Standes schwinden, damit es sich zu einem einheitlichen freudigen Ausdrucke der gesammten deutschen Nation gestalte! Das vorläufige Comité für Düsseldorf: (Folgen die Namen einer Anzahl ordensgehoriger Reichstreuer.) — Vorschlag zum Programm der am 28. dieses Monats, dem "Wilhelms-tage" stattfindenden Nationalfeier. Am Vorabend: Einleitung durch Kapfenstreich durch die festlich geschmückte Stadt. Am 28., 7 Uhr Morgens: Kanonendonner und Fehlgeläute. Choräle von den Kirchen; später Gottesdienst in allen Kirchen und Synagogen. 12 Uhr: Spiel der Militärs- oder sonstigen Kapellen auf den öffentlichen Plätzen. Mittag: Festessen. Nachmittag: Ausflug der Kinder unter Leitung der G. P. S. Schullehrer, Eltern und Freunde. Bei Eintritt der Dunkelheit: Illumination und Freuden-feuer auf den Bergen. 9 Uhr: Solenner Fechtzug. 10 Uhr: Kanonendonner und Zusammenwurf der brennenden Fackeln unter Abingung der Volkshymne."

Was uns bei dem allen wundert, ist, daß in dem Vorschlag zum Programm nicht auch der Vorschlag enthalten ist, zu einer bestimmten Stunde und auf ein gegebenes Signal die sämt-lichen Sozialdemokraten im zehnteiligen Umkreise von Düssel-dorf, oder unfernweg auch in ganz Deutschland, abzuschlagen. Auf eine "patriotische" Extravaganz mehr oder weniger kommt es doch nicht an. Wenn schon, denn schon.

— Die Attentaterei wird epidemisch (was wohl mit dem Umstand zusammenhängt, daß die Hundstage dieses Jahr um ein paar Monate zu früh gekommen sind); auch in Friedrichs-ruhe ist "ein junger Mann verhaftet worden, der auf den kranken Reichkanzler böse Absichten zu haben schien". Der junge Mann heißt wohl auch Lehmann?

— Der "Erbfreund" verspürt urplötzlich das Bedauern,

in dem Grenzverkehr zwischen den preussischen Ostprovinzen und Rußland einige Erleichterungen eintreten zu lassen. Wenigstens müßte die "Düppelische Zeitung", daß in Königsberg ein russischer Staatsbeamter eingetroffen sei, der sich der Regierung als Bevollmächtigter vorstellte zu Unterhandlungen mit den Be-hörden wegen Erleichterung des Grenzverkehrs mit Rußland, namentlich wegen der möglichsten Beschleunigung des Güterver-kehrs auf den Eisenbahngrenznationen. Darnach hat es den Anschein, als ob der "Erbfreund" nicht sonderlich zufrieden wäre mit dem Tempo bei der Zufindung von Pulver und sonstigen massenmörderischen Utensilien; denn daß die russischerseits ge-wünschte "Beschleunigung des Güterverkehrs" keinen andern Zweck hat als den der Förderung der russischen Rüstungen zu dem bevorstehenden englisch-russischen Kriege, braucht kaum er-wähnt zu werden. Uebrigens erleichtern sich die Herren "Erb-freunde" den "Grenzverkehr" in Gestalt von Grenzverletzungen nach Möglichkeit ganz von selbst, ohne je verwahrt zu werden. So weiß die "Thorner Ostdeutsche Zeitung" z. B. über folgen-den Vorfalle zu berichten:

"Vor etwa 14 Tagen Abends hörte der in Raita etwa 30 Schritte von der Grenze, gegenüber dem russischen Eordon, woh-nende preussische Grenzbeamte Wolf beim Herausretren aus seiner Wohnung Lärm in seinem Garten, bemerkte daselbst rus-sische Soldaten und hörte sogar einen Schuß fallen. Er ver-wies den Rassen ihre Eindringen, ging aber dann in der Mei-nung, die Soldaten hätten sich auf russisches Gebiet zurückge-zogen, auf Patrouille. Er hatte den Russen indessen zu viel Achtung vor dem preussischen Gebiet zugetraut; denn noch nach einigen Stunden hatten die Russen das Haus, in welchem sie augenscheinlich Schmuggler vermuteten, umstellt und unterwarfen dasselbe einer förmlichen Belagerung." In einem andern Falle schoß ein russischer Grenzsoldat bei hellem, lichtem Tage auf eine auf preussisches Gebiet geflüchtete Frau, und einen zweiten Schuß gab er abendlein noch auf einen harmlosen Spaziergänger auf preussischer Seite ab. Und alle diese "erbfreundlichen Liebens-würdigkeiten" läßt sich Preußen-Deutschland ruhig gefallen, ja muß sich dieselben aus gewissen zwingenden Gründen gefallen lassen.

— Die Unruhen in den englischen Baumwoll-districten sind lediglich auf Rechnung der Fabrikanten zu setzen. Nach den letzten Berichten hatten Delegirte der von der Arbeits-sperrre in Lancashire betroffenen Baumwollensarbeiter am Dienstag mit dem Fabrikanten Comité conferirt und demselben mehrere Vorschläge gemacht, um dem Zustande der Dinge ein Ende zu bereiten. Sie erklärten sich bereit, die Lohnfrage entweder einem Schiedsgerichte zu unterbreiten, oder sich eine 5prozentige Lohn-herabsetzung gefallen zu lassen, oder die 10prozentige Reduktion bei halber Arbeitszeit anzunehmen. Es wurde mitgeteilt, daß Lord Derby sich bereit erklärt habe, das Schiedsrichtertum zu übernehmen, wenn er von beiden Seiten dazu aufgefordert würde. Die Fabrikanten lehnten alle diese Vorschläge entschieden ab und erklärten, ihre Fabriken nicht eher wiedereröffnen zu wollen, bis die Arbeiter die Lohn-herabsetzung von 10 Proz. bedingungslos angenommen hätten. Dieser Entschluß rief große Erbitterung unter den Baumwollspinnern hervor, welche sich in Preston, Burnley, Accrington und Blackburn in vielen Gewaltthatigkeiten Luft machte. Am Schlimmsten scheint es in Blackburn zugegangen zu sein. Tausende von Arbeitern beiderlei Geschlechts rotteten sich vor den bedeutendsten Fabrikgebäuden zusammen und schlugen die Fenster ein. Das Haus des Obersten Jackson (Vorsitzenden des Fabrikanten-Bandes) wurde bis auf den Grund niederge-brannt. Der Oberst selber hatte das Haus mit seiner Familie kurz vorher durch eine Hintertür verlassen. Die Arbeiter ver-brannten sein Bildniß. Ein Versuch, auch seine Fabrik nieder-zubrennen, wurde von der Polizei verhindert. Die Wohnhäuser mehrerer anderer angesehener Fabrikbesitzer wurden demolirt und in den verfallenen Fabriken des Ortes ist keine Fenster Scheibe ganz geblieben. Die Fabrik des Stadtrathes Taylor wurde theilweise niedergehauen. Gegen Witternacht nahmen die Gewalt-thätigkeiten solche Dimensionen an, daß die Aufrührer-Akte ver-leschen und Militär aus Preston requirirt werden mußte. Am Mittwoch Vormittag kam es zu neuen Rubelstörungen. An zahl-reichen Häusern wurden die Fenster eingeworfen. Die Truppen zerstreuten die Tumultuanten. Seitdem sind aus Blackburn neue Unruhen nicht gemeldet worden. Die Menge hält die Straßen besetzt, beobachtet aber angesichts der aufgebotenen Militärmacht eine ruhige Haltung. Mehrere Verhaftungen haben stattgefunden. In Burnley wurde am Mittwoch Abend ein großes Arbeitermeeting abgehalten, welches zwar einen ruhigen ungeheuerlichen und gegensätzlichen nationalen Verzerrungen des Spiegelsbildes.

Religion.

Von A. Duff.

(Schluß.)

Solche Einigung der Wissenschaft, welche freilich schließlich alles geistige Leben in Besitz nimmt oder beeinflusst, übertragen wollen, wäre heute ein Un Ding. Ihre zumeist den Verstand be-schäftigende analytische, schematische, abstraktive Erkenntnißart ist wenig geeignet zur Sammlung und Einbildung in Herz und Sinn, welche ergriffen und gelenkt werden sollen. Und nicht der Verstand, nicht das Wissen kann den Drang nach vollkom-mener Erkenntniß des einzigen ganzen Lebens oder des Lebens-räthsels befriedigen, sondern die von Ideen geleitete, empfindende und bauende Phantasie thut es. Eher als die Wissenschaft erfährt die einbildende Kunst das Amt der Religion: Weltanschauungen empfinden und wirksam zu machen.

Es ist also ein bloßes Vorurtheil, Religion als nothwendigen Aberglauben zu hassen. Das Weltbild spiegelt sich in jedem selbstbewussten Kopfe, unvermeidlich, je nach der Stufe seiner Erkenntniß; und das Bedürfnis, Selbstempfindung und Handeln von ihm durchbringen zu lassen, dadurch den ganzen Menschen harmonisch, gleichmäßig und folgerichtig zu machen, geht auf die höchste Würde und Kraft des Menschen, und kann weder zertrüchtet noch verboten werden. Auch der Sozialismus lehrt, daß erst aus der Einheit immer, aus dem Ganzen das rechte Geset für alles Theilleben sich ergebe. Aber das solches Welt-bild keinen Aberglauben wider Vernunft und Wissenschaft und keine entwürdigenden Autoritäts- und Moralprinzipien enthalte — dafür kann und soll gesorgt werden mit aller Kraft! Und daß im sozialistischen Staate einst schon die Erziehung und Jugendbildung dies Amt übernehmen könne, geht uns heute nichts an, da Erziehungs- wie Staatswesen noch ganz von der vernunftwidrigen Welterkenntniß und der falschen Moral des Christenthums durchdrungen sind.

In der theoretischen Wissenschaft und in der praktischen Ge-schgebung, wie in der erregenden Massenagitation hat der So-zialismus für die Einführung seiner Weltanschauung an Stelle der absterbenden christlichen zu sorgen und zu kämpfen! Er hat aber auch die vollkommene Waffen hierzu — in der wissen-

schaftlichen Vernunft gegen den christlichen Glauben, in der so-zialistischen Ethik gegen die christliche Moral. Weder der per-sönliche Gott noch die biblischen Moralgesetze können ihm wider-stehen!

IV.

Die Religion ist Privatsache. Warum? Weil Jedermann die Welterkenntniß, welche die Zeitbildung ihm liefert, in sein persönliches Empfinden und Handeln mit Innigkeit auf-nehmen und einbilden muß — dies macht ihn religiös. Da "Gott" (für jeden Menschen) das empfundene Weltbild der Erkenntniß ist, so war Gott von jeher genau so vielfach und mannigfaltig wie die Empfindungsverständnisse der Menschen.

Dennoch ist das, was Gott oder Religion in allen Men-schen gemeinsam hat, so viel — sofern man es auf seinen einfachen Quell zurückführt oder von abergläubischen Enttel-lungen reinigt —, daß es brinnde das Ganze ist: nämlich das Objekt selbst; und zwar in der äußeren wie in der inneren Sphäre der Religion, in der Glaubens- wie in der Sittlichkeit-sphäre. — Ruft doch auch dieselbe Kartoffel, die Jeder persön-lich schmecken und verduften muß, bei solcher Prioritäten-eignung doch nur wenige und nebensächliche Differenzen in den Menschen hervor!

Das gleiche Objekt der Religion aber für alle Menschen ist dasselbe Weltall für den Erkenntnisglauben, dieselbe Mensch-heit für die Sittlichkeit.

In der Welterkenntnis-sphäre (dem sogenannten Religions-glauben) war so lange nicht Rath zu schaffen, als der Geist (das Gesamtleben der Menschen) nicht selbstbewußt geworden, nicht in der Wissenschaft allumfassend, und als solche die einzige höchste Autorität für alle Individuen war. Ist das Weltbild, das wir im menschlichen Gehirn — dem Konzentrationsorgane aller Erkenntnis-sinne — auffassen, ein Spiegelbild des Alllebens, so wird die Art des Spiegels, welcher es reflektirt, die unge-heuerlichen Verschiedenheiten hervorgerufen können. Werden jedoch die Spiegel möglichst gleichmäßig geschliffen, so wird die Ver-schiedenheit einer überwältigenden Gleichheit Platz machen und, so weit sie bleibt, unwesentlich werden. Die zügellose Herrschaft der Individualität machte entweder das Spiegelschliffen unmög-lich, oder führte (zumal in den „offenbarten“ Religionen) zu

ungeheuerlichen und gegensätzlichen nationalen Verzerrungen des Spiegelsbildes.

Die Wissenschaft dagegen, das Produkt des Sammelns der Menschen oder des „Geistes“, hat es fertig gebracht, in jedem Gehirn einen gleichgeschliffenen Spiegel herzustellen, indem sie die Erkenntnisverschiedenheiten der einzelnen Persönlichkeiten ablos und nur das Bleibende, gemeinsam Erkante oder Er-kenntbare giebt. Sie faßt die Dinge mit dem Sinn aller Menschen, der Menschheit, auf und giebt sie wie sie für das Geschlecht, nicht für die Personen sind. Darum sagen wir, daß sie die Dinge „objektiv“ (nicht mehr subjektiv) erkennt, und darum einigt sie die Menschen.

Nacht also Jeder das Weltbild der Wissenschaft zu seiner persönlichen oder „Privatsache“, so bleibt dem Empfindungs-verständnis zwar die Mannigfaltigkeit in der Einheit, aber nicht prinzipieller Erkenntniswiderspruch in der Reflektion. Der Fanatismus grundverschiedener Weltanschauungen, welchen Götter und Götzen erzeugten, verschwindet. Die Wissenschaft hat für Alle die gleiche Geseherkenntniß in ihrem Wachstum als Er-füllung des Weltethers oder der „Gottheit“. Da sie die Natur selbstlebendig und ausnahmslos gesetzlich zeigt, so löst sie zwar die letzten Fragen des Menschen noch ebenso wenig, wie dies irgend eine Religion gethan (die alle nur ein X für das U des Räthsels machten), wirkt aber das Phantom eines persönlichen Gottes rettungslos zu Boden und beseitigt damit jeden „Gottes-dienst“ — dessen Zweck ja ist, solche Willkürgehaltnen sich günstig zu stimmen. Die Anbetung macht dem Primatbewußtsein, dem Einheitsgefühl mit dem Ganzen (der Liebe) Platz; die Sta-neri wie die kindliche Angst und Rathlosigkeit macht der Selbst-schändliche Platz, welche sich durch die Kenntniß der Gesehe und Herrschung der Natur selber zu schämen, und was daran fehlt, würdig zu tragen weiß. — Daß aber der entmannende Dusef abergläubischen Wetfels bei selbstgemachten Götzen aus dem Thaisfeld der Gesellschaft verschwinde, daran hat der Socialis-mus das mächtigste Interesse, denn nur mit dem Material der Selbstständigkeit und des Wissens, nicht des Wählens, können wir bauen!

Das Objekt für die Sittlichkeit aller Menschen ist dieselbe Menschheit. Die Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit der Menschen-leben hat in allen Religionen aller Zeiten die Gebote der

Verlauf nahm, doch machte die Menge später einen Angriff auf das Haus eines Mitgliedes der Gemeindebehörde, warf die Fenster ein und legte Feuer an eine Mühle, von der ein Theil zerstört wurde. Der Gemeindevorsteher sah sich in Folge dessen zur Verlesung der Aufrubrathung gezwungen, wodurch die Ansammlungen auf den Straßen verboten sind. Aus Manchester sind Truppen berufen. — Alle diese Mittheilungen, die aus Bourgeoisblättern stammen, sind mit der größten Vorsicht aufzunehmen, obgleich die hartnäckige Weigerung der Fabrikanten, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, die Erbitterung der Streikenden sehr erklärlich erscheinen lassen. Hätten sich die Fabrikanten geneigt gezeigt, auch nur ein Prozent ihres „Unternehmerprofites“ zu opfern, während die Arbeiter 5 und 10 Prozent ihres Lohnes hergeben wollten — es wäre zu den Ausschreitungen sicherlich nicht gekommen. So aber hat die Impertinenz der Fabrikanten die Langmuth der Arbeiter erschöpft.

Nachschrift. Jetzt, nachdem die Fabrikanten durch ihre erschöpfte Abweisung jedes Vermittlungsvorschlags Tumulte herbeigeführt, erklären sie sich bereit zu unterhandeln. Ob dies blos ein Mandvort ist, um der öffentlichen Meinung eine Concession zu machen, bleibt abzuwarten. Bemerkenswerth ist das Geständnis der „Vossischen Zeitung“, eines „Vollständigen Bourgeoisorgans: „Es gewinnt den Anschein, daß bei nur einiger und selbst nur scheinbarer (!) Nachgiebigkeit seitens der Arbeitgeber die belagerten Arbeiter Erzeße hätten vermieden werden können.“

Die Nachrichten aus Constantinopel, Petersburg und London lauten sehr kriegerisch. Die Türken haben sich geweigert, die Festungen Barua, Schumla und Batum zu räumen, und die durch den bulgarischen Aufstand schwer bedrohten Russen, scheinen sich durch einen Vorstoß auf Constantinopel Luft machen zu wollen. Daß dies der Krieg mit England wäre, versteht sich von selbst.

Der Aufstand in Bulgarien wird den Russen immer gefährlicher. Die Insurgenten selbst haben an den englischen Botschafter in Constantinopel eine Denkschrift gerichtet, welche die russische „Humanität“ charakterisiert. Die Unterzeichner (das Altenstück trägt das Datum des 28. März und wurde den 23. April in Constantinopel abgegeben) beschwerten sich nicht nur über arge Hintergehungen, sondern auch über die grausamste Mißhandlung, von welcher namentlich ihre Weiber und Töchter schwer zu leiden gehabt haben. Nach Abschluß des Vertrags von San Stefano wurde den Russen erklärt, daß von der türkischen, später von der russischen Behörde gesagt, daß der Krieg zu Ende sei und daß sie daher ohne Besorgnis in ihren Dörfern verbleiben könnten. Sie thaten dies. Allein schon fünf Tage darauf lehrten dieselben russischen Reiter, welche ihnen erst diese beruhigenden Versicherungen gegeben hatten, in jene Gegend zurück und begannen alsbald die Bewohner zu verdrängen und zu mißhandeln. Dabei vergriffen sie sich in empörender Weise an den Frauen. Acht Tage lang dauerte dieses Unwesen in Khyr Alby, Durkenlar, Yeghmaly und Arghol-Naber. Darauf theilte sich die russische Reiterei in zwei Abtheilungen. Die eine begab sich nach Kalisfar, die andere nach Kara Zeilar, und hier wiederholten sich vier Tage lang dieselben empörenden Ausfälle. Sodann verzogen sie sich nach Khorman. Ihnen folgte russische Infanterie in Begleitung von Bulgaren aus Corvanyl. Diese gaben wieder beruhigende Versicherungen und erklärten, auf Befehl des Oberbefehlshabers sei alles Kländern und Mißhandeln eingestellt, die Leute sollten ruhig an Orte bleiben und ihre Waffen abgeben. Die Leute beruhigten sich demzufolge, zumal die Russen Pässe austheilten. Frühlinge lehrten in die Heimath zurück. Kaum war dies geschehen, so befehligten die Russen den Ort Tatar Aho, verhafteten die männliche Bevölkerung, banden ihr die Hände auf den Rücken und schlachteten sie ab. Die Weiber und Mädchen wurden in einen dunkeln Stall getrieben und hier eine Woche lang mißhandelt. Der Tochter des Imam gelang es, mit drei anderen Mädchen zu entkommen, und sie brachte nach langem mühevollen Marsche die Kunde der eigenen Schande den Männern in Kara Guilar. Diese brachen alsbald zur Erlösung der armen Frauen auf. Die Beschränkungen geben an, daß sie mit eigenen Augen die Leichen ihrer Freunde und Verwandten mit noch auf den Rücken gebundenen Händen angetroffen haben. Dieselben Russen begaben sich nun von Tatar Aho nach Ghakiela, wo sie in ähnlicher Weise verfahren. Dann nach Schiklar. Aus diesem Ort entflohen ein Einwohner, Kar-Belk, in der Hoffnung, sie vor drohender Schande zu retten. Er wurde aufgegriffen, mißhandelt und seine Tochter wurde

in grausamer Weise entehrt. Zum Spott brüsteten sich die Russen überdies noch damit, daß sie die Aussteuer des Mädchens, ihren Brauttschag, nach Petersburg gesandt haben! Das soll nicht der einzige Fall dieser Art gewesen sein. Die Russen sollen sich mit Vorliebe nach solchen Ausstattungen umgesehen und sie heimgeschickt haben. In ähnlicher Weise geht der traurige Bericht fort. Randijka und noch zwölf Dörfer wurden in Asche gelegt. In Verzweiflung über die gräßliche Verfolgung entschloß sich die Bevölkerung, in die Berge zu flüchten und zu den Waffen zu greifen. Im Vertrauen auf Gott und ihre gute Sache legten sie sich hier zur Wehr, und ihr Gesuch geht nun dahin, der Botschafter möge bei der Königin, welche als Kaiserin von Indien über viele Millionen Mohamedaner herrscht, befragen, daß sie als Kriegsführende anerkannt werden.

— Das „freie“ Belgien! Unser zu 18 Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurtheilter Freund und Genosse Verbauwen in Gent wird gerade so wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Nur seine Familie wird zum Besuch zugelassen und alle von ihm gewünschte Bekürze wird ihm verweigert. Ja, wäre Verbauwen ein Grüber oder Schwindler, dann sähe er jetzt nicht im Gefängnis, sondern in der Deputiertenkammer.

— Tessendorff auf der Anklagebank! Wie die „Berliner Freie Presse“ meldet, haben die beiden Genossinnen, die Frauen Hahn und Stagemann aus Anlaß der Injurien (s. „Sozialpolitische Uebersicht“ der Nr. 52 des „Vorwärts“), welche Tessendorff bei Gelegenheit der Verhandlungen in dem Prozesse wider Most dreist genug war gegen dieselben auszusprechen, Strafantrag wegen Beleidigung gegen Tessendorff gestellt.

— Endlich auch einmal eine Freisprechung. Gegen Genossen Bebel war bekanntlich wegen seiner im vorigen Jahre bei dem Städtischen Arbeiterfest gehaltenen Rede seitens der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verletzung des § 131 (wissentliches Verbreiten falscher Thatsachen zur Herabwürdigung von Staatsinstitutionen) erhoben worden. Heute wurde Bebel das Erkenntnis der ersten Instanz publizirt und er klag- und kostenfrei gesprochen. Die Untersuchung hat ergeben, daß er ihm seitens der Polizei in den Mund gelegte Wort nicht gesprochen.

— „Die Neue Gesellschaft“, Monatschrift für Sozialwissenschaft. (Bärlsch, Verlag der „Neuen Gesellschaft“.) Das vor uns liegende achte Heft enthält: Ueber die Arbeitsschädigung in „Jukunftstaate“ von Max Reichert. I. — Rechtsbegriff und Recht. — Zoll- und Steuercredite von R. — Vom kaufmännischen Gewinn von Dr. R. Schall. — Namenloses Kaufland. Eine literarische Studie auf sozial-politischem Hintergrund von Friedr. v. Bärenbach. (Schluß.) — Zur „Wahnenfrage“ von Emil Brud. — Friedrich II. und die Volkserziehung von G. Vöbed. — Vabens und die Verschwörung der Gleichen von Prof. James Guillaume. Aus dem Französischen überfetzt von Dr. A. Wülberger. III. IV. Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaltlich für 3 M. zu beziehen.

Correspondenzen.

F. Thorn, 7. Mai. Die hiesige Lokalpresse, bestehend aus mehreren polnischen und zwei deutschen (täglich erscheinenden) Blättern schweigt mit fester Einmütigkeit über den Vortrag eines Genossen im hiesigen Handwerkerverein über die „Geschichte der letzten 30 Jahre“. Der Vortragende stieß allerdings nach allen Seiten an. Den Deutschen gab er die verdriehliche Wahrheit zu hören, daß der Demokratie Urgrundgesetz dieses sei: „Kein Mündiger darf bevormundet werden — jede Gemeinde muß ihre Spezialinteressen selbstständig verwalten — jedes Volk soll sich nach eigenem Ermessen constituiren und regieren — alle Sonderinteressen regelt der Völkercongreß.“ Demnach, so meinte er, verzagten nur Schwachköpfe an der Wiederherstellung Polens! Freilich verdroh wohl andererseits wieder polnische Patrioten der grenzenlose Hohn, den der Vortragende über die Pfaffen- und Adelswirtschaft der ganzen Nation und Emigration“ der Vaterlandsberaubten ausgoß, während er seine lebhaften Sympathien für das endlich erwachende Streben auf sozialistischem Gebiet aussprach, das er in den Vereinen der polnischen Centralplätze wie auf der Universität Krakau seit einigen Jahren wahrgenommen. — Als Probe für die Richtigkeit seiner und der demokratischen Zukunftsgestaltungen überhaupt

meinden“ öfters anhängt: aber Gemeinden, soziale Gemeinden brauchen wir, um der Kirche ihre ungeheure Macht über das Volksleben zu entziehen, um den weiten Volksboden von dem Unkraut zu säubern, dem heute noch die allermeisten Sozialisten selbst zum Opfer fallen, indem sie, trotz gefeilter Freiheit zum Austritt entweder für sich oder doch für Weib und Kind in der Religion gefangen bleiben, und damit die Kirche und den durch sie geheiligten Klassenstaat stärken, nähren, erhalten. Welche Masse vergeblicher Arbeit, welche Summe von erfolglosen oder fast fruchtlosen Opfern verschlingt nicht dieser Widerspruch! Er sollte Jedem zum Bewußtsein bringen, wie schwer wir ohne diesen Kampf gegen die Religion vorwärts kommen, wie unpraktisch und inconsequent die Abmahnung von einem Kampfe ist, zu dem man im Gegentheil allen Muth wachrufen und die Ueberzeugung entflammen müßte!

Es können aber, bei der vorhandenen Reife der christlichen Selbstzerfegung, solche Gemeindegbildungen schnell und mächtig wachsen, welche nicht nur den Einzelnen gegen die aus dem unrichtigen Bekenntnis entstehende Mißgunst der Nichthabenden, sondern welche auch, was die Hauptsache ist, die Saat und Hoffnung der Zukunft, die Erziehung der Weiber und Kinder, dem freifressenden Schaden des Aberglaubens und der Macht der Reaktion entreißen!

Ob der einzelne Sozialdemokrat seine Kräfte zersplittert, wenn er, außer an seiner Partei, noch an einer „Gewerkschaft“, einem „Viederkrantz“ oder einer „sozialen Gemeinde“ theilnimmt, darüber soll man das Urtheil ihm selbst überlassen, aber nicht Gesinnungstreue, die ihn treibt, bedrohen oder entmuthigen.

Ich protestire daher gegen die, mit der Autorität des „Vorwärts“ (ohne Unterzeichnung eines Namens) ausgeprochene Mahnung zur Behinderung einer Thätigkeit, wie ich sie in Stuttgart entfaltete habe, als unberechtigt und ungehörig. Ihr „Verstoß“ gegen das Programm“ ist eine Fiktion; ihre „Schädlichkeit“ eine Privatansicht, deren Schädlichkeit ich hiermit dargelegt zu haben glaube. In keinem Falle werde ich durch mangelndes Verständnis des Ethischen meine völlig sozialistische Thätigkeit vergewaltigen lassen.

gab der Vortragende an; daß die sogenannte orientalische Krisis von ihm in gedruckten Aufsätzen, die er vorlegte, schon vor drei Jahren vorausverfügt und im Jahre 1876 als ihr Resultat angegeben sei: Beschänkung der Sultansherrschaft auf einen sogenannten Kirchenstaat des Papst-Khalifen mit Konstantinopel als Hauptstadt und Rumelien als Patrimonium Muhammed's. Von hier aus könne der Sultan ungestört seinen asiatischen Glaubigen nach wie vor imponiren. So werde das türkische Nationalgefühl nicht unheilbar verletzt und doch den Südländern, Rumänen, Griechen und Albanesen gewisshafte. — Schließlich wagt der Vortragende einen Rundblick auf die seit vielen Jahren in gedruckten Aufsätzen gepredigte russisch-englische Doppel-Welt-herrschaft, deren unausbleiblicher Conflikt nun zu Tage trete. — Wenn Oesterreich leben bleiben, England nicht sterben — und Italien wie Deutschland wirklich zu vollem Dasein sich aufschwüngen wollten, müßten sie alle auf Seiten Englands gegen Rußland stehen. Jede Schwöpfung sei nur Schein! Das in macedonischer Art Westeuropas erdrückende Rußland werde und müsse dem angelfächischen Freiheitshauche erliegen.“

Jork i. L. Am 10. Mai fand hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf ums Dasein“. Das Referat hatte Parteigenosse Alb. Paul aus Berlin übernommen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen; Gegner meldeten sich nicht trotz mehrmaliger Aufforderung. — Als zweiter Gegenstand wurde der Bericht der „Sorauer Zeitung“ Nr. 43 und 44 über die Küster-Grüneberg'sche Versammlung vorgenommen. Der Referent widerlegte die (über seine gemachten Ausführungen) enthaltenen Fretümer und groben Lügen in der „S. Bg.“ unter dem Beifall der Versammlung. Auch hier meldete sich Niemand, trotzdem der Berichterstatter der „Sorauer Zeitung“, wie Referenten verächtet worden ist, anwesend gewesen sein soll. — Sonntag, den 12. Mai, fand ein allgemeiner Ausflug der Parteigenossen in die Umgegend von Jork statt, woran sich auch der Jorker Arbeiter-Sängerbund betheiligte. Parteigenosse Alb. Paul hielt in einem dichtbesetzten Hain eine kurze, kernige Ansprache, in der er der im Gefängnis sitzenden Freunde Klutz und Hugo Schmidt gedachte. Diese kleine Festlichkeit endigte abwechselnd mit Gesang und deklamatorischen Vorträgen in der schönsten Weise. Es wäre erwünscht, daß in allen Ortschaften der Lausitz ein derartiges Zusammenhalten wie in Jork hergestellt würde. Mögen die Parteigenossen diesen kurzen Wahnruf beherzigen. In Spremberg, Finsterwalde, Cottbus konnten wegen „Vollmangels“ die Versammlungen nicht abgehalten werden, im letzteren Orte wurde uns der Saal zum „Feldschloßchen“ sogar erst vor Thoreschluß verweigert. Wahrscheinlich hatte der Wirth Angst bekommen, es könne in Cottbus ebenfalls ein Attentat verübt werden, — an wem? — das mögen die Götter wissen.

Göppingen, 9. Mai. Letzten Sonntag fand hier im neuen Apostelhaale die Landesversammlung der Sozialdemokraten statt, bei welcher durch 17 Delegirte 461 Mitglieder vertreten waren. Erster Vorsitzender war Sievers aus Stuttgart, zweiter Vorsitzender G. Frauenmayer von hier; Schriftföhrer waren Balz aus Reutlingen und Wangold aus Gfölingen. Betretten waren Stuttgart, Gfölingen, Göppingen, Ulm, Reutlingen, Hall, Gmünd, Canstatt, Tübingen und Söfölingen. Gaisburg sandte einen telegraphischen Gruß. Verathen wurde über organisatorische, finanzielle und agitorische Angelegenheiten und warden auch dementsprechende Beschlüsse gefaßt. — An die Landesversammlung reichte sich eine Volksversammlung, die geradezu maßlos besucht war und unsere kühnsten Erwartungen übertraf. Genosse Dr. Dull referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Christentum und Sozialismus“, und trotzdem alle Parteischattirungen und Confectionen vertreten waren, enttete er reichliche Bravo's. Gegner wollten absolut nicht auftreten, trotzdem von uns höflich und wiederholt zur Gegenrede aufgefordert wurde. — Genosse Vossau, Redakteur der „Süddeutschen Volkszeitung“, behandelte den zweiten Punkt: „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“ mit viel Geschick, daß selbst die extremsten Gegner ab und zu Beifall zollten. — Den Parteigenossen hier empfehlen wir etwas mehr Eifer und Ausdauer, und der schönen Lohn, die Ueberzeugung, für eine edle Sache zu kämpfen, kann nicht ausbleiben.

Funda, den 17. Mai. Gegen die hiesige Correspondenz in Nr. 51 des „Vorwärts“ hat sich das Fundauer Kreisblatt in Positar gestellt, doch ist seine Stellungnahme eine so komische, daß wir uns kaum eines Lächelns erwehren können. Auf die „hinlänglich bekannte utkräftige Schimpfweise“ der Sozialisten will es kein Wort erwidern, und doch wird ihm sein Schweigen so sauer, daß es sich 35 Druckzeilen kosten läßt. An Ihrem Correspondenten rügt es „unbändige Wuth“, „hubenasthes Schmähen“ und verwahrt sich gegen die „offenfundig böswillige Unterstellung“ in jener Nachricht, eine Original-Correspondenz gebracht zu haben. Wir müßten das verehrte Blatt um Entschuldigung bitten, daß unsere Meinung von ihm ursprünglich noch eine bessere war, als es beanspruchen konnte. Da jener Nachricht eine Quellengabe fehlte, der Ortsname Warburg aber vorgefetzt war, hatten wir nur zu wählen zwischen Original-Correspondenz oder literarischer Schmaroderei. Wir thaten das Erstere. Dafür begibtigt uns das „Kreisblatt“ einer „offenfundig böswilligen Unterstellung!“ Du ohrseitigt dich selbst, verehrte Redaktion, damit du das Erdöhen nicht verlernt!

Wenn jene Nachricht in fast sämtlichen Provinzialblättern die Runde gemacht hat, so muß man fragen, was denn an ihr so Pilantes, das ihr die Verbreitung verschaffen konnte? Durch die Stellung eines preußischen Kreisblattes wird freilich die betonte unerschütterliche Glaubwürdigkeit gerechtfertigt. Man verjämmt nicht, das sittliche Streben einer großen Partei herabzuzüchtigen, indem man sich dazu der Worte eines Verbrechers bedient. Es ist System in solch unqualifizirbaren Beschuldigungen. Der Warburger Fall (die Richtigkeit vorausgesetzt) ist nichts anderes als das Vorpiel zum Berliner Attentate Hddel's. Der „Vorwärts“ hat in einem Leitartikel seiner jüngsten Nummer dieses schmachwürdige Bestreben nach Gebühr abgethan, so daß mir die weitere Arbeit erspart ist.

Hoda (Herzogth. S. Altenburg). Es ist wohl das erste Mal, daß im „Vorwärts“ eine Correspondenz aus unserm kleinen Städtchen erscheint, und deshalb möge es mir gestattet sein, die hiesigen Verhältnisse mehr im Allgemeinen zu besprechen. Der ganze Wahlkreis unseres Herzogthums ist ein Boden, auf welchem unsere Partei bis jetzt noch keine großen Erfolge zu verzeichnen hat. Dies hat seinen Grund darin, daß die Bevölkerung schon mehr als Landbevölkerung anzusehen ist; denn wenn auch, besonders in den vier kleinen Städtchen, ein Gewerbebestand vorhanden ist, so befähigt sich dieser doch auch — zum weitaus größten Theile wenigstens — nebenbei mit Feldbau. Daher kommt es, daß in hiesiger Gegend die drückende Schwere der jetzigen Krise nicht so stark empfunden wird, als in Industriestädten. Selbstverständlich soll aber damit nicht gesagt sein, daß die hiesige Bevölkerung in der vielgelobten „guten Zeit“ lebe — im Gegentheil! Die Klagen über schlechte Zeiten, außerordentlich hohen Geschäftszug und über die immer höher werdenden Steuern

Sittlichkeit geschaffen. Daß sie, anfangs nur auf die kleinen Kreise (Familie, Namen, Stand u. s. w.) ausgebeht, die übrigen Menschen davon auszuscheiden, und nicht bewußt erkannt, sondern instinktiv empfunden wurden, das hat ihre gradweise Unvollkommenheit gemacht. Der Sozialismus, dem die Solidarität, dieses innere (ethische) Naturgesetz der Gesellschaft, unbeschränkt gilt und organisch zu Fleisch und Blut der Gesellschaft werden soll, hat in ihr die vollkommen siegreiche Waffe gegen alle Auswüchse und Verirrungen der in Wahrheit dasselbe Prinzip (Matth. 7, 12) bekennenden, aber habfüchtigen, egoistischen und phantastischen christlichen Sittenlehre, an denen die Gesellschaft tief krank. Der Kampf gegen die Religion ist hier purer Sozialismus selber, und ist zugleich von der höchsten praktischen Wichtigkeit.

Habfüchtige, neidische, gewaltthätige Menschen werden niemals einen sozialistischen Staat gründen, weil ihnen die Ausbeutung des Schwächeren lödender bleibt als die Gleichheit, und Jeder hat Aermere, Schwächere neben sich. Nicht die Richtung auf das Theilen aller Rechte mit dem Mächtigeren, sondern mit dem Schwächeren bildet die wahre Kraft des Sozialismus, so mächtig auch das Bewußtsein, überdrochtheit zu sein, erst zur Bedingung und zum Begreifen des Sozialismus wirkt und wirken muß. Aber in der sozialistischen Spontanität der Unterordnung des Individuums unter das Wohl der Gesellschaft ist schließlich der ganze Sieg und die Zukunft des Sozialismus — und sie ist der Todesstoß gegen das christliche Sittenprinzip göttlicher Autorität, welches die heutige Unterdrückung und Ausbeutung heiligt.

Diese Waffen anwenden und nicht ruhen lassen, mit diesem Kampfe eine neue Gesinnung schaffen und durch die Gesellschaft verbreiten, welche nicht nur den gerühmten und erlehnten Widerstand des hauchenden Säbels unmöglich macht, sondern auch für die Erbauung des Volksstaats absolut nöthig, unumgänglich wird — das ist heute noch wichtiger, als der Kampf der Wirthschaftslehre, welcher die Spalten unserer Blätter, und als der bloß politische Kampf, welcher unsere Volksversammlungen füllt. Es ist die Arbeit der Concentration, und nicht der „Zerstreuung und Herstückelung“ des Sozialismus.

Wir brauchen keine „religiösen“ Gemeinden zu bilden, oder irgend Gefährdungen zu treiben, wie er noch den „freien Ge-

find hier mindestens ebenso häufig und gewöhnlicher, als anderswo. Und es giebt tatsächlich viele Familien, die in wirklicher Noth leben. Die Lage des arbeitenden Volkes ist hier wie allerwärts eine gedrückt. Daß unsere Partei im hiesigen Kreise fast noch gar nicht Eingang gefunden, liegt daran, daß die Bevölkerung im Allgemeinen außerordentlich indifferent, gleichgültig ist in allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens sowohl, als auch gegenüber den großen Fragen der Zeit und der sozialen Frage. Der „deutsche Michel“ ist auf diesem Stück Erde eigentlich so recht zu Hause; außerordentlich genügsam, verbringt er fast stets zwei Drittel des Tages mit angestrengter Arbeit, bis dann die Natur auch ihr Recht geltend macht. Höhere Bedürfnisse, das Streben nach Erweiterung der Kenntnisse und vielseitiger Ausbildung trifft man verhältnißmäßig selten an.

Indes wie überall die Bestrebungen der Sozialdemokratie sich mehr und mehr Eingang verschaffen, so beginnt auch hier das Licht des Sozialismus zu dämmern. Seit April d. J. hat auch in unserem Orte das „Volkblatt für das Herzogthum Altenburg“ Eingang gefunden und sich Freunde erworben. Ist auch die Zahl der Abonnenten eine verhältnißmäßig noch geringe, so dürfen wir doch hoffen, daß sie immer mehr zunehmen werde. Es hält hier allerdings sehr schwer, Leute unserer Partei zuzuführen, weil der einsichtsreichere Theil der Bevölkerung sich in einer zu sehr abhängigen Lage befindet, was ihn verhindert, seine Ueberzeugung offen zu bekennen. Aus diesem Grunde dürfen wir uns auch keinen Illusionen hingeben, in Bezug auf die für unsere Partei zu erzielenden Resultate; aber es ist doch nun wenigstens, da sich das „Volkblatt f. d. H. Altenburg“ Eingang verschafft, der Anfang gemacht, und wenn es auch nur langsam vorwärts geht, so geschieht dies jedenfalls um so sicherer. Möge die Zeit nicht mehr fern sein, daß sich auch hier das arbeitende Volk um das Banner der Sozialdemokratie schaart!

Schließlich will ich noch bemerken, daß die Aufregung unter der hiesigen Bürgerchaft, welche dadurch hervorgerufen wurde, daß der geweseine Kämmerer und Buchhalter bei der Sparsasse, O. Streit, Anfang März d. J. durch Erhängen seinem Leben freiwillig ein Ende machte, noch nicht völlig erloschen ist. Es irrthümlich hier noch verschiedene Gerüchte, auf die ich jedoch, angefaßt des Umstandes, daß das Damoclesschwert eisrigter Befolgung fortwährend über der sozialistischen Presse schwebt, nicht eingehen will. Bezeichnend aber dürfte es sein, was f. B. das hiesige Blatt, das zugleich Organ des Stadtraths ist, anlässlich dieses Falles schrieb: „Seit etwa $\frac{1}{4}$ Jahren körperlich und geistig offenbar zurückgehend, machte sich dies auch naturgemäß in seinen Aemtern bemerklich und hinderte die zu wünschende Förderung. — Gemüthlich leicht erregt, könnten zu beachtliche Unregelmäßigkeiten ihn altert haben. — Als sicher ist anzunehmen, daß keine Kasse aus der Zeit seiner Verwaltung mit Verlust irgendwie bedroht ist.“

Mürnberg. (Parteibibliothek.) Vor einiger Zeit brachte der „Vorwärts“ einen Artikel von A. B., in dem derselbe den Vorschlag zur Gründung einer Parteibibliothek machte. Unzweifelhaft hat dieser Vorschlag bei vielen Parteigenossen Anerkennung gefunden, obwohl es längere Zeit anstand, bis er von anderer Seite besprochen wurde. Jedoch daß der Zweite, Herr F. U., das angeregte Thema so weit ausmalt, wie es sich jetzt noch nicht realisiren läßt, veranlaßt auch mich, meine Meinung zu äußern. Die Parteibibliothek ist ein Bedürfnis und sie sollte möglichst rasch ins Leben gerufen werden, damit das Projekt nicht nach einigem Hin- und Herdebattiren schließlich auf die Seite gelegt wird. Vor allem möchte ich Herrn A. B. ersuchen, bei dem diesjährigen Parteicongress einen dahinzielenden Antrag einzubringen. Daß eine Parteibibliothek in Leipzig nicht für die vielen Genossen in Deutschland genügen kann, da das Porto hindernd im Wege steht, ist leicht einzusehen, jedoch giebt es Mittel, um den Uebrigen gerecht zu werden. Ich will mich hier nicht auf Detailmalerei einlassen, doch möchte ich darauf hinweisen, daß in jedem Orte, wo unsere Bewegung einigermaßen stark ist, eine Buchhandlung mit Parteischriften existirt. Sehr häufig kommt es vor, daß hier Broschüren nicht abgesetzt werden, sie liegen ohne Verwendung da. Gut, diese Buchhandlungen können dieselben nach Bedarf austauschen und sie dann für ein wäßriges Entgelt ausliehen. Ältere Genossen würden wohl auch ihre Broschüren und Werke dem guten Zwecke opfern, da sie ja doch nichts damit anfangen können. A. B. fährt aus, wie schwierig es wäre, sich manche ältere, für uns wichtige Werke zu verschaffen. Ich frage hier auch, wenn von den jüngeren Parteigenossen ist es möglich, sich alle die alten wichtigen Broschüren, namentlich von Lassalle, zu verschaffen? Wir in Nürnberg haben den „Vorwärts“, die „Zukunft“, die „Neue Welt“, die „Mundschau“ und unser Lokalblatt. Die neuesten Broschüren möchte man sich aber doch auch gerne anschaffen, wo sollen aber die Mittel herkommen, um Stöße von älteren Schriften zu kaufen? Darum Parteigenossen allerorts, besprecht Euch mit Euren Delegirten, welche Ihr zum nächsten Congress senden wollt, über dieses wichtige Thema. Lasset uns vor Schwierigkeiten nicht zurückweichen, einig guter Wille und Eifer wird uns doch zum Ziele führen. J. M.

Dortmund, 10. Mai. Gestern tagte hier eine Versammlung, in welcher ein gewisser Ipscher für den „Verein für Sozialreform“ Propaganda zu machen versuchte durch einen Vortrag „über die Ziele, Zwecke und Bestrebungen des Vereins.“ Ueber den Verlauf der Versammlung will ich die „Westfälische Zeitung“ reden lassen. Dieselbe läßt sich folgendermaßen aus: „Der Saal war nur mäßig und vorwiegend mit Sozialdemokraten besetzt, die auf das Commandowort der Führer erschienen waren. Das Bureau, welches zunächst gewählt wurde, bestand denn auch ausschließlich aus Sozialdemokraten, aus den Herren Tölke, Kuhl und Heimann. Der Vortrag, den darauf Herr Ipscher hielt, hatte zwei Cardinalfehler: er war monoton und stellenweise ungeschickt. Anstatt zunächst in möglich ruhigen Farben die Zwecke und Bestrebungen des Vereins zu schildern und dadurch die Arbeiter für sich zu gewinnen, erging sich d. r. K. d. n. in geschmacklosen militärischen Bildern und erntete Hohn und Spott. Es sei nicht genug, meinte er, daß der Sozialreformverein einen Generalstab, Trommler und Pfeifer habe, er müsse auch eine Armee und — eine Kriegskasse (Rufe: Aua!), einen Julussturm (Ironisches Bravo!) besitzen. Zum Zeugniß dessen, daß die Bestrebungen des Herrn Stöder von allen Patrioten unterschätzt werden müßten, wurde eine Kasse von Citaten aus den Werken von Schmoller und Schaeffe, aus der „Post“ und der „Deutschen Volkswirthsch. Corr.“ (Rufe: „Zeitung wegl!“) angeführt, ferner einige Aussprüche katholischer Autoritäten (große Heiterkeit! Rufe: das sind die Richtigen!), darunter Mousfang und die „Germania“ (stürmische Heiterkeit). Wtten in diese Verlesung warf der Vortragende den mit Bravo und Gelächter aufgenommenen Satz: „Meine Herren, von der Frömmigkeit kann man nicht satt werden!“ Auch protestantische Autoritäten wurden citirt. Dann ging Herr Ipscher dazu über, die gegen die Partei herrschenden Vorurtheile zu zerstreuen. Sie sei nicht reaktionär. Beweis: die „Kreuzzeitung“ sehe sie mit schreien Widen an. Sie sei überhaupt nicht eine politische

Partei. Beweis: Jeder, der nicht Atheist, nicht Republikaner, nicht Materialist sei, wäre ihnen willkommen. Dann zog Herr Ipscher gegen die Bispingen los, welche nicht mehr Menschen, sondern nur Götter kennen, nicht Liebe, sondern nur Egoismus. So sei überhaupt die moderne Civilisation beschaffen. Herr v. Kirchmann, der Fortschrittsmann, habe selbst anerkannt, daß die heutigen sozialen Zustände unhaltbar seien. Der Redner schließt unter großer Unruhe ungefähr so: „Treten Sie zahlreich dem Verein bei. Dann wird die Gesellschaft gerettet sein nicht bloß vor Sozialismus, sondern auch vor Materialismus und Verfalltheit!“ — Es war dem folgenden Redner, Herrn Kuhl, sehr leicht gemacht, zu antworten, zumal Herr Ipscher erklärte, daß ihm von seinen Vorgesetzten verboten sei, sich auf eine Debatte einzulassen! Herr Kuhl, der eben erst aus dem Gefängniß entlassen war, überschüttete den Gegner mit Sarkasmen und hatte die Lacher auf seiner Seite. Er meinte u. A.: „Ich bin überzeugt, daß die Armee, welche die „christlich-sozialen“ Herren etwa zusammenbringen, bald fahnenflüchtig werden würde. Wir allein werden die Früchte einheimen von der agitatorischen Thätigkeit jener Herren!“ Nach ihm ging Herr Kutschbach noch näher auf das von Herrn Ipscher verlesene Programm der christlich-sozialen Partei ein und wies nach, daß es ein Ragout aus den Abfällen der verschiedensten Parteiprogramme sei. Zum Schluss wurden folgende Resolutionen angenommen: 1) Die heutige Versammlung erklärt, daß sie mit den Sozialreformen nichts gemein haben will und über die Ausführungen des Herrn Ipscher zur Tagesordnung übergeht. 2) Herr Ipscher möge nach Abzug der Tageskosten den Ueberfluß aus den Eintrittsgeldern der hiesigen Armenklasse überweisen. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Ipscher erklärt, daß der Erlös nicht ihm, sondern dem Vereine gehöre und er deshalb über denselben nicht verfügen könne. So endete die erste Versammlung. Unseres Wissens ist gestern Niemand dem Verein beigetreten.

Dies der Bericht der „Westf. Ztg.“ Hinzuzufügen habe ich demselben nichts, da er ziemlich getreu den Charakter der Versammlung kennzeichnet. Soviel steht aber fest, daß wir wohl schwerlich wieder einmal „auf das Commandowort der Führer“ in einer Versammlung werden zu erscheinen haben, in der der Verein für Sozialreform uns die Stirn bietet. Er wird an dem einen Fiasto genug haben.

Friedrichshagen, 8. Mai. Daß unsere Gegner trotz aller Leugnung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie der jesuitischen Devise huldigen, „der Zweck heiligt das Mittel“, dazu kann ich heute einen Beitrag liefern. Am 5. Mai hielten wir hier in Ermangelung eines Lokals eine Volksversammlung im Garten eines hiesigen Genossen ab; es war dies die zweite Versammlung überhaupt. Der Wirth des hiesigen Tanzsaals war nicht zu bewegen, uns diesmal sein Lokal zur Verfügung zu stellen, weil ihn der Amtsvorsteher Wenzel das erste mal bedeuert hatte, „diesmal will ich es ihrer Dummheit zurechnen, daß Sie Ihr Lokal den Deuten zur Verfügung gestellt haben, aber — vor dem zweiten Mal hätten Sie sich.“ Schon in der ersten Versammlung suchte ein gedungenes und auch wohl gut honorirtes Individuum die Versammlung zu fördern, wurde jedoch mit Hilfe des überwachenden Gensdarmen entfernt. Diesmal suchte derselbe Mensch das damals Verkaupte nachzuholen und es gelang ihm auch so ziemlich. Schon vor Beginn der Versammlung verursachte er einen Lärm, der seine Absicht deutlich verrieth. Der Flegel, welcher Feldhüter ist, und sich einen gleichgesinnten Complicen gesucht hatte, trat mit einem Hunde und einem zum Todtschlag geeigneten Knüttel sowie mit einer wohlgefüllten Schnapsflasche in den Garten und als ihm von dem Eigenthümer bedeutet wurde, seinen ohne Maulkorb versehenen Hund zu entfernen, gerirte er sich als Beamter, welcher in die Versammlung geschickt sei, seinen Hund entferne er nicht, daß sei sein „Diensthund“ und sein Knüttel sei sein „Seitengewehr“. Bei Eröffnung der Versammlung machte er einen solchen Lärm, daß sich der Besitzer des Gartens veranlaßt sah, ihn aus demselben zu verweisen. Hieraus stürmte er in den angrenzenden Garten, wo er mit seinem Complicen das Lieb: „So leben wir u. s. w.“ anstimmte. Es war deshalb Hr. Zwiedler, welcher als Refetent erschienen war, unmöglich, sich verständlich zu machen und begab wir uns nach der andern Seite des Gartens. Als der Herr Feldhüter sah, daß er uns aus dem angrenzenden Garten nicht mehr stören konnte, kletterte er auf die Umfassungsmauer des Gartens und spielte mit der bereits geleerten Schnapsflasche Fangeball. Als er aber schließlich sah, daß alles von uns ignoriert wurde, und der Vortragende, wenn auch mit vielen Unterbrechungen weiter sprach, stürzte er gleich einem tolenen Stier unter die Anwesenden und zankte und scandalisirte fort; den überwachenden Gensdarmen verhöhnte er, wenn dieser ihm Ruhe gebot und richtig brachte er es schließlich so weit, daß die polizeiliche Auflösung der Versammlung erfolgte. Raum war dieses geschah, als er kitzelgerade in die Luft sprang und rief: „Dies habe ich bloß gemollt! Hurrah! Hurrah!“ Nach Schluss der Versammlung begab sich die Menge in das Wirthshaus wo dem „Diensthundbesitzer“ ein so übler Empfang zu Theil ward, daß er sich bei Tage nicht nach Hause wagte. Nicht bezeichnend war die Aeußerung des überwachenden Beamten, mit welcher er die Versammlungsausschweifung motivirte, daß er nämlich nicht wisse, was er mit dem Menschen machen solle, er habe alles aufgeboten, jedoch wie wir gesehen hätten, ohne Erfolg. (Mit einem Sozialisten weiß man allerdings besser was man machen soll.) Das einzige, was der Gensdarm that, war, daß er dem „Herrchen“ die Haft ankündigte, und zur Vollstreckung dieser seiner Drohung den Ortschulzen holen ließ, welcher bei seinem Erscheinen von dem „Herrn“ befragt wurde, ob er einen großen Stall habe, worin er und sein Complice auch Raum habe; nichtsdestoweniger unterblieb die Verhaftung. Wo nach solchem Hohn auf die Behörde Achtung bei der großen Masse gegen dieselbe herkommen soll, ist mir unerfindlich. Noch sei erwähnt, daß das Drafel unseres Ortes und der Umgegend, unser Schulmeister, welcher nach der ersten Versammlung ein „Eingefandt“ in der „Halle'schen Zeitung“ losließ, in welchem er die Behauptung aufstellte, daß die Sozialisten unsern Ort gewiß nicht wieder betreten würden, bedauerte, daß die Versammlung geschlossen sei, er würde sich nachher zum Wort gemeldet haben. In der That aber war der Herr Schulmeister sehr vergnügt, daß der „Herr diesen Reich an ihm vorüber gehen ließ“. Das also sind die „geistigen Waffen“ unserer Gegner, mit welchen man den Sozialismus aus der Welt schaffen will; gedungene und verkommene Menschen, welchen jeder Vernünftige ausweicht, treten als Vertheidiger der heutigen „Ordnung“ auf. Daß eine solche Kampfweise nur das Gegentheil von dem erreicht, was sie bezweckt, sehen unsere Gegner in ihrer Beschränktheit nicht ein. Sie ahnen nicht, daß die Götter zuvor denjenigen mit Blindheit schlagen, welchen sie verderben wollen.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschan).

Unsere Genossen, die Wormalbeiter, sowie auch die Drechsler in Waltershausen (Thüringen) werden von ihren Arbeitgebern ungeheuer

bedrückt. Nicht genug damit, daß denselben von ihrem kargen Lohn schon 20 pCt. abgezogen wurden, es versuchen sogar die noblen Herren den Hungerlohn noch mehr zu schmälern. Es werden deshalb alle Genossen dringend ersucht, darauf zu achten, daß der Lutz nach dort abgehalten wird. Am schämmsten ist der dortige Vertrauensmann dran. Es ist derselbe auf das Pflaster geworfen worden, und die Herren hoffen die Gewerkschaft zu unterdrücken, wenn sie den Vertrauensmann, der immer vorangegangen ist, maßregeln. Es bekommt derselbe wohl die naturalische Unterstützung, doch da derselbe zahlreiche Familie hat, so ist es notwendig, daß unsere Genossen versuchen, wie nur irgend möglich, den Gemahregelken noch weiter zu unterstützen, damit derselbe nicht die Fahne fallen läßt. Hält dieser, so ist wohl kein rechter Halt mehr unter den den dortigen Genossen.

Einwoige Unterstützung wolle man senden an Ferd. Böttcher, Peterstr. 557, B. B. D. Luitung wird dann erfolgen.

Mit Gruß an alle Genossen

Crimmitschan. Ferd. Böttcher.

Allgemeiner Arbeiter-Sängerbund.
Luitung: Gotha A. L. T. 3.75. Hannover S. Ch. d. B. B. 9.50. Mainz L. 1.30. München A. G. B. 13.00. Hannover S. Ch. d. B. B. 6.00. Cassel B. 3.75. Stollberg A. L. 2.25. Teuchern R. G. B. 2.00. Wandsheim L. 3.90. Ralf B. 1.35. Horbürg L. 5.40. Stuttgart L. 7.50. Halle a. S. 3.00. Hannover S. Ch. d. B. B. 15.65. Rainz A. G. B. 2.00. Halle a. S. 7.15. Schwerin A. L. 9.75. Rinben A. S. B. 1.00. Danabrad A. S. B. 2.00. Darmstadt F. 1.00. Kiel A. S. B. 3.00. Speyer A. S. G. 3.00. Teuchern R. G. B. 3.75. Leipzig A. B. B. 15.00. Jendburg A. S. B. 4.05. Horbürg L. 4.80. Halle a. S. L. 1.95. Schw. Hall, L. 3.75. Carlsruhe Union 2.00. Hildesheim L. 2.40. London A. G. B. 21.50. Jphoe A. S. D. 6.00. Meerane C. 1.20.
Gotha, den 4. Mai 1878.
Mit Gruß **Emil Rüger**, Kassirer, Heindelgasse 26.

Briefkasten
der Expedition. Hr. Stahnth Hedemünden: Wir haben keine Postkarte erhalten. Hr. haben nur ein Buch „Rathgeber für Gewerbetreibende“. Von der „Zukunft-Medizin“ sind jetzt 10 Hefte erschienen, mit 12 Heften ist das Werk vollständig und kostet jede Lieferung 75 Pfg. oder im Ganzen 9 M.

Luitung. Adgr. Halle Ab. u. Schr. 24.00. Jnskl. Best. Ab. 50.04. Schr. Bern Ab. 1.73. Dfba. Hanau Ab. 3.40. Sankt Bremerhofen Ab. 7.10. Metallarb.-Gem. hier Ab. 2.00. Hanzin Bootslum Ab. 1.00. Scharbra. Solingen Ab. 3.65. Exped. d. Tagwacht Zürich Ab. 100.00. Rtr. Darmstadt Ab. 30.00. Jhr. Darmstadt Schr. 0.35. Dr. Ed. Troppan Ab. 4.81. Rndt. Weidrich Schr. 7.75. Rtr. hier Schr. 1.45.

Fonds für Gemahregelte.
Von B. Gohlis 2.25.

Anzeigen etc.

Annoncen für die Mittwoch-Nummer müssen bis Dienstag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

10. sächsischer Wahlkreis.
Döbeln, Roswein, Leisnig, Waldheim, Rössen, Geringowalde, Siebenlehn, Sa-tha etc. etc.

Konferenz
Sonntag, den 26. Mai, Nachmittags 3 Uhr, auf der „Rudenterrasse“ in Döbeln. [90]
Tagesordnung: Vespredung über Agitation und Organisation. Die Parteigenossen allerorts werden hierdurch aufgefordert, geeignete Delegirte zu senden, resp. zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hannover. Zur Anfertigung aller Arten von Tapetezerarbeiten [1,80] empfiehlt sich den Parteigenossen und Freunden unter Zusicherung reellster und promptester Bedienung (S. 159) (2a)
Louis Flügge, Tapetezer, Welfenstraße 18.

Leipzig, Donnerstag, den 23. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Michael, Windmühlstr. 7:
Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Der Sozialistencongress in Gotha. Delegirtenwahl. Parteikarten sind vorzuzeigen. [70]
Der Agent.

Leipzig, Sonnabend, den 25. Mai, Abends 1/2 9 Uhr bei Michael, Windmühlstr. 7:
Angeordnetliche Haupt(General)-Versammlung der Mitglieder der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse des Bundes der Tischler und verwandter Berufs-genossen.
Tagesordnung 1) Delegirtenwahl zur General-Versammlung und Congreg in Magdeburg. 2) Beratung von Anträgen.
Zahlreiches Erscheinen, unter Hinweis auf die Lokal-Verordnung, erwartet [1,00] D. B.

Ottensen, Donnerstag, den 23. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Burmeister's Salon, 1 Trepp: [90]
Oeffentliche Arbeiterversammlung.
Tagesordnung: Der Congress in Gotha. J. Deerehold.

2 tüchtige Korbmachergehülfen auf Verstell und geschlagene Arbeit finden sofort dauernde Beschäftigung bei
H. Marx in Saarbrücken. [90]

Bekanntmachung.
Der verantwortliche Redacteur der Zeitschrift „Vorwärts“ Herr Wilhelm Hansenleber in Leipzig

ist wegen der in Nr. 2 des „Vorwärts“ vom 4. Oktober 1876 unter der Rubrik „Correspondenzen“ und der Ueberschrift „Geper, 26. September (Schlichter Böbel)“ enthaltenen Beleidigung der Herren Carl Ferdinand Geunert und Friedrich Wilhelm Sacher in Weyer auf Grund § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs und 20 des Reichspräsidentengesetzes zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark und Tragung eines Kostenheils rechtskräftig verurtheilt worden, was auf Antrag der Beleidigten gemäß § 200, Abs. 2 des gedachten Gesetzes hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.
Leipzig, den 15. Mai 1878.
Königliches Gerichtsam im Bezirksgericht, Abtheilung II B.
Dieler. Dr. Rauber.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Rünzel Leipzig.
Redaktion und Expedition Haberstraße 12. D in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruck. 4 in Leipzig.